



# Troika verschärft die Krise, anstatt sie zu lösen

**Im Wortlaut von Andrej Hunko, 03. April 2015**

Factsheet 2/4 zum Scheitern der EU-Krisenpolitik in Griechenland, 3. April 2015

Von Alexander Ulrich und Andrej Hunko

Seit nunmehr fünf Jahren haben verschiedene griechische Regierungen Reformen umgesetzt, die ihnen von der Troika aus Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) als Bedingungen für Kredite aufgezwungen wurden. Das formulierte Ziel war es dabei, den Schuldenstand Griechenlands auf ein „tragfähiges“ Niveau zu senken. Doch hat die Austeritätspolitik, also die enormen Kürzungen öffentlicher Ausgaben, Lohnkürzungen, Entlassungen und Privatisierungen genau das Gegenteil bewirkt: Heute sind die Schulden noch höher als vor Beginn der Troika-Maßnahmen. Und trotzdem musste die griechische Bevölkerung die Krise mit enormen Entbehrungen bezahlen.

Im Jahr 2009, vor Beginn der Troika-Diktate, lag die

Staatsschuldenquote Griechenlands bei 126,8% des Bruttoinlandsprodukts. Von der EU wurde – relativ willkürlich – eine Quote von 60% als „tragfähig“ definiert. Doch anstatt sich auch nur ein kleines bisschen dieser Zielmarke anzunähern, hat die Austeritätspolitik in Griechenland die Schuldenquote noch weiter anwachsen lassen. 2014 betrug sie ganze 176,3%, das sind 49,5 Prozentpunkte mehr!

Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Den weiteren Anstieg der Schulden in absoluten Zahlen (also in Euro) und den Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der Wirtschaftsleistung Griechenlands. Denn nicht nur im Verhältnis zum BIP sind die Schulden gestiegen, sondern auch in absoluten Zahlen. Während sie 2009 noch 301 Milliarden Euro betrug, waren es 2014 bereits 317,7 Milliarden, also 16,7 Milliarden mehr. Zwischenzeitlich waren sie im Jahr 2011 sogar auf 356 Milliarden angewachsen.

Zugleich hat die Troika-Politik die zuvor begonnene wirtschaftliche Krise noch weiter verschärft. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands ist von 2009 bis 2014 um ganze 22% geschrumpft und ist inzwischen wieder auf dem Niveau von 1999/2000 angekommen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass das Märchen von der „schwäbischen Hausfrau“, das gerne bemüht wird, um für Sparpolitik und ausgeglichene Haushalte zu werben, für Staatsfinanzen und die Wirtschaft nicht funktioniert. Denn je mehr ein Staat in Krisenzeiten „spart“, desto stärker ist auch die Rezession ausgeprägt.

All dies zeigt deutlich, dass die Krisenpolitik der Troika nicht nur sozial verheerend war, sondern auch wirtschaftlich katastrophal. Anstatt die vorgeblichen Ziele zu erreichen, hat sie die Krise enorm verschärft. Kein Wunder: Durch die strikte und unsoziale Kürzungspolitik sowie die erzwungenen Lohnsenkungen wurde die Binnennachfrage abgewürgt und jede Möglichkeit einer

wirtschaftlichen Erholung im Keim erstickt.  
Griechenland wurde in einen Teufelskreis aus  
Ausgabenkürzungen, negativem  
Wirtschaftswachstum und geringeren  
Steuereinnahmen getrieben.

Offensichtlich ist die Troika von Beginn an von viel zu  
positiven Prognosen für die wirtschaftliche  
Entwicklung Griechenlands ausgegangen. Dies wird  
deutlich, wenn man sich die Prognosen des ersten  
„Hilfsprogramms“ im Jahr 2010 und der darauf  
folgenden Überprüfungsberichte anschaut. Demnach  
wurde prognostiziert, dass die griechische Wirtschaft  
durch die Anpassungsprogramme 2011 noch um  
2,6% schrumpfen würde und ab 2012 schon wieder  
ein Wachstum von 1,1% verzeichnen könnte. Weit  
gefehlt! 2011 schrumpfte sie um 8,9% und 2012 um  
weitere 6,6%. Erst 2014, also zwei Jahre verspätet,  
konnte Griechenland wieder ein leichtes  
Wirtschaftswachstum von 1% aufweisen.

Die falsche „Rettungspolitik“ hat unter anderem dazu  
geführt, dass der private und der öffentliche Konsum  
eingebrochen sind. Im Vergleich zu 2009 sanken  
diese beiden Indikatoren bis 2014 um 23,9% bzw.  
21,5%. Diese Entwicklung war tatsächlich wenig  
überraschend, da nicht nur staatliche  
Transferleistungen und Löhne massiv gekürzt  
wurden, sondern auch unglaublich viele Menschen  
ihre Arbeitsplätze verloren haben. Die  
Erwerbslosenquote hat sich von 12,7% (2010) auf  
25,8% (Nov. 2014) mehr als verdoppelt und unter  
Jugendlichen ist sie gar auf 50,8% gestiegen.  
Dadurch haben die Menschen weniger Geld in den  
Taschen: Das Durchschnittseinkommen ist von  
13.974 Euro pro Jahr (2010) auf 9.303 (2013)

zurückgegangen (-33,4%). Die Griechinnen und Griechen können dementsprechend weniger konsumieren, was sich direkt auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt.

All dies verdeutlicht, dass die angebliche „Rettung“ Griechenlands in Wirklichkeit auf einer Milchmädchenrechnung basiert. Schon als 2010 hat DIE LINKE deshalb die Griechenland-Pakete abgelehnt und diese als „Rettungsringe aus Blei“ kritisiert. Leider sollten wir Recht behalten, was sich nun an den Zahlen ablesen lässt.

Factsheet als PDF herunterladen

Teil 1: Troika verteilt um - von unten nach oben!

linksfraktion.de, 3. April 2015